

2. Mai 1977

Sondersitzung des EFTA-Konsultativkomitees am 14./15. Februar 1977
in Stockholm, Bericht

- Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 18. April 1977 (Beilage)
 Politisches Departement. Mitbericht vom 25. April 1977
 (Zustimmung)
 Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 22. April 1977
 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

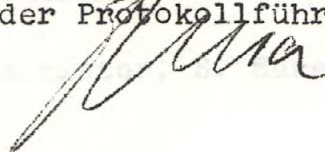
b e s c h l o s s e n :

Vom Bericht des Volkswirtschaftsdepartements über die Sondersitzung
 des EFTA-Konsultativkomitees am 14./15. Februar 1977 in Stockholm
 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Protokollauszug an:

- EVD 20 (GS 5, HA 5, BIGA 5, Integrationsbüro 5) zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- FZD 7 " "

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



Ausgeteilt

Bern, den

A n t r a g a n d e n B u n d e s r a t

Geht nicht an die Presse

Sondersitzung des EFTA-
Konsultativkomitees
am 14./15. Februar 1977
in Stockholm

Gemäss Ihrem Beschluss vom 9. Februar 1977 nahm an der Sondersitzung eine schweizerische Regierungsdelegation unter der Leitung von Bundesrat Ernst Brugger teil. Folgende der zehn schweizerischen Angehörigen des Konsultativkomitees waren ebenfalls anwesend:

Mitglieder:

Dr. W. Jucker
Sekretär des Schweiz. Gewerkschafts-
bundes

Frau Dr. L. Uchtenhagen-Brunner
Nationalrätin

Dr. G. Winterberger
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Vororts des Schweiz. Handels- und
Industrievereins

Ersatzmitglieder:

H. Allenspach
Direktor des Zentralverbandes schweiz.
Arbeitgeber-Organisationen

Chs. Feldmann
Direktor des Schweiz. Verbandes für
Waldwirtschaft

Fürsprecher A. Jetzer
1. Sekretär des Vororts des Schweiz.
Handels- und Industrie-Vereins

R. Maier-Neff
Zentralpräsident des Schweiz. Kauf-
männischen Vereins

Die Sitzung wurde vom schwedischen Handelsminister, S. Burenstam-Linder, geleitet.

Gemäss dem Auftrag, den die Minister in Lissabon erteilt hatten, sollten an der Sondersitzung namentlich die Gründe und Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage erörtert werden. Darauf aufbauend waren Mittel und Wege zur künftigen Vermeidung ähnlicher Situationen zu besprechen,

wobei die Verwirklichung von Vollbeschäftigung, ausgewogenem Wirtschaftswachstum und monetärer Stabilität unter Aufrechterhaltung des freien Handels anzustreben war.

Wie erinnerlich war die Initiative zum Sondertreffen ursprünglich vom Europäischen Gewerkschaftsbund ausgegangen: dies schuf die Ausgangslage für einen dialektischen Dialog, wobei sehr vielen Diskussionsbeiträgen das Ringen um eine Synthese anzumerken war. Immerhin ergab sich aus den wirtschaftspolitischen Vorstellungen eine Polarisierung in "Keynesianer" und "Monetaristen". Die keynesianische Auffassung war namentlich aus den Voten der Arbeitnehmer-Vertreter sowie von norwegischer und finnischer Regierungsseite herauszuhören: die Stagnation der Wirtschaft beruht auf mangelnder Nachfrage, schaffen wir diese einerseits durch "deficit spending" und andererseits, indem die zahlungsbilanzaktiven Länder die Inlandnachfrage (durch welche ein Importsog entsteht) sich ausweiten lassen. Arbeitgeber und Mehrheit der Regierungsvertreter hielten sich eher an die monetaristischen Einwände gegen das keynesianische Modell: die Kaufkraftausweitung hat sich an der langfristigen wirtschaftlichen Wachstumskapazität zu orientieren, "deficit spending" treibt auf der Finanzierungs-(Anlehens-)seite den Zinssatz in die Höhe und setzt damit auch von der Kostenseite her den Inflationsprozess in Gang. Die monetaristische Argumentation erwies sich zur Erklärung der von der Sondersitzung behandelten Gegenstände als überlegen, ein Umstand, der die Formulierung einer gemeinsamen Schlusserklärung ermöglichte.

In dieser wurde die übereinstimmende Ansicht geäußert, dass dem Ziel und der Verwirklichung der Rückkehr zur anhaltenden Vollbeschäftigung und gleichzeitig der Erreichung eines andauernden Wachstums und der wirtschaftlichen Stabilität als grundlegende Voraussetzungen der Erzielung eines befriedigenden Beschäftigungsniveaus Vorrang eingeräumt werden muss. Die Divergenz in der wirtschaftlichen Leistung der westeuropäischen Länder, die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industriestruktur schlägt sich in unterschiedlichen Aussenwirtschaftsbilanzen nieder. Diese internationale Wirtschaftslage erfordert engere Konsultationen zwischen Regierungen über Fragen der Wirtschaftspolitik. Die Anpassung der Strukturen wird erhöhte Investitionen im öffentlichen und privaten Sektor erfordern, Investitionen, für welche die geeigneten Bedingungen zu schaffen sind, um allen Arbeitskräften produktive Beschäftigung zu

verschaffen. Hinsichtlich selektiver Massnahmen stellte die Tagung fest, dass sie es offensichtlich vorzieht, die gegenwärtig für Arbeitslosengeld verausgabten Mittel für produktivere Zwecke einzusetzen, und zwar zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Förderung der Arbeitskräftemobilität sowie zur Stimulierung der Geschäfts- und Wirtschaftstätigkeit. Die Bedeutung der Ausweitung des Freihandels wurde unterstrichen und der Protektionismus als Lösung wirtschaftlicher Probleme verworfen. Es bestand Einigkeit, dass die Anstrengungen für eine ausgewogenere Wirtschaftsbeziehung zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern vermehrt werden sollten. Hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen EFTA-Ländern und den Europäischen Gemeinschaften wurde die bisherige Entwicklung begrüsst und festgestellt, dass weitere technische Verbesserungen bei der Durchführung der Freihandelsabkommen für alle Beteiligten vorteilhaft sein könnten. In diesem Sinne hielt die Tagung engere Konsultationen über Wirtschaftsfragen als erforderlich und befürwortete weitere pragmatische und praktische Kontakte zwischen den EFTA-Ländern und der Europäischen Gemeinschaft.

Die schweizerische Delegation - zusammengesetzt wie diejenigen anderer Staaten aus Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgebern, von Produzenten und Konsumenten - vermochte eine widerspruchsfreie Haltung darzubieten. Auf Antrag von Bundesrat Brugger beschloss die Versammlung, dem Rat zu empfehlen, einen von Dr. Jucker ausgearbeiteten Vorschlag zu einem EFTA-internen Management von Zahlungsbilanzproblemen an die Zentralbanken zum näheren Studium zu überweisen.

Auf Grund einiger Interventionen, welche den Eindruck aufkommen liessen, die OECD sei einerseits ein von den grossen Staaten dominierter Klub und sie sei andererseits in ihren Prioritäten vom Ziele der Vollbeschäftigung abgewichen, sah sich Bundesrat Brugger zu einer Richtigstellung veranlasst. Er hob namentlich hervor: Vollbeschäftigung ist das Endziel jeglicher Wirtschaftspolitik; wenn die OECD auch der Stabilität und dem Wachstum eine gewisse Gewichtung gibt, so im Interesse der Vollbeschäftigung. Weiter ist die OECD die einzige Organisation, in welcher die kleinen westeuropäischen Industriestaaten am wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess der westlichen Hemisphäre teilnehmen können; die Grossen dominieren nicht, sondern finden zum Dialog bereit. Man könnte sich auch keine andere Organisation vorstellen, welche eine Leistung wie jene des "Trade Pledge" zustande gebracht hätte.

- 4 -

Die von Ihnen erteilten Instruktionen konnten voll befolgt werden. Sie bildeten unsere Grundlage für einen Dialog, der insbesondere deshalb sinnvoll war, weil er das Verständnis für eine rationale Wirtschaftspolitik förderte. Auf diesem Ergebnis konnte eine gemeinsame Schluss-erklärung formuliert werden, in welcher die schweizerischen Auffassungen in einem grösseren Ausmasse Eingang fanden, als wir anfänglich erhoffen konnten.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir Ihnen den

A n t r a g,

vom vorstehenden Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sig. Brugger

Gestützt auf den Antrag des Verkehrs- und Energiewirtschafts-Departements und auf das Mitberichtsverfahren sowie aufgrund der Beratung mit der Bundesrat

B e s c h l u s s e n :

1. Die Behandlung des Antrages des Verkehrs- und Energiewirtschafts-Departements wird ausgesetzt.

Das Geschäft ist dem Bundesrat wieder zu unterbreiten, wenn die beiden Arbeitsgruppen "Huckepack-Verkehr" und "Transit 60" vorliegen.

Protokollauszug an:

- EPD
- EFZD
- EVD (Handelsabteilung 5, GS 5, BIGA 5, IB 5 Ex.)

Für die Feder des Auss. des Protokollsekret.